

Frankreich erleichtert Selbstversorgung mit Solarstrom 23.07.2018

Energieunternehmen verkünden ehrgeizige Ausbaupläne / Von Peter Buerstedde

Paris (GTAI) - Nach Windkraft, Biogas und Wasserstoff hat die französische Regierung am 28. Juni 2018 ihr Maßnahmenpaket für die Förderung der Solarenergie vorgestellt. In den kommenden Wochen soll ein Plan mit Ausbauzielen nach Energieträgern bis 2027 folgen. Danach dürfte Klarheit herrschen, wie und bis wann das Ziel, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung auf 50 Prozent zu senken, erreicht werden soll und welche Rolle den erneuerbaren Energien dabei zukommt. (Kontaktadressen)

Gemeinsam mit Unternehmen der Solarbranche hat die französische Regierung in zahlreichen Konsultationsrunden seit April 2018 ein Maßnahmenpaket zur Förderung von Solarenergie (Mobilisation "Place au Soleil") geschnürt. Das Paket umfasst insgesamt vierzig Maßnahmen. Es zielt vor allem darauf ab, die Selbstversorgung mit Solarstrom attraktiver zu machen und zu vereinfachen.

Projekte, bei denen Haushalte oder Unternehmen, individuell oder im Verbund, für den Eigenbedarf Strom erzeugen und einen Teil davon in die Stromnetze einspeisen, haben sich in Frankreich trotz des Preisverfalls bei Photovoltaikmodulen schwach entwickelt. Gründe dafür sind vor allem die niedrigen Strompreise aber auch administrative Hürden. Nach Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat zahlten Haushalte in Frankreich im 2. Halbjahr 2017 im Durchschnitt 17,6 Eurocent pro Kilowattstunde (kWh) gegenüber 30,5 Eurocent in Deutschland. Andere Abnehmer zahlten 9,2 Eurocent gegenüber 15,1 Eurocent in Deutschland.

Das zuständige Ministerium für Ökologischen und Solidarischen Wandel MTES (Ministère de la Transition écologique et solidaire) geht von etwa 100 Megawatt (MW) installierter Leistung für Selbstversorgungsprojekte Ende 2017 aus. Davon entfielen 20 MW auf Dachanlagen von Privathaushalten. Die Netzanschlüsse für Kleinanlagen in Haushalten sind 2017 um 50 Prozent auf 30.000 gestiegen. Gleichzeitig hat die Regierung im November 2017 das jährliche Ausschreibungsvolumen um 1 Gigawatt (GW) auf 2,45 GW erhöht.

Leichtere Umsetzung von Stadtviertelprojekten

Im Maßnahmenpaket geht die Regierung auf einige wichtige Forderungen aus der Branche ein. So sollen kollektive Selbstversorgungsprojekte mit verschiedenen Erzeugern und Abnehmern künftig innerhalb eines Umkreises von einem Kilometer möglich sein. Dadurch könnten ganze Stadtviertel eingebunden werden wie etwa in Lyon im Stadtteil Confluence, wo ein sogenanntes éco-quartier mit nachhaltigen Mobilitäts- und Energieeffizienzprojekten entstehen soll.

Künftig können auch Unternehmen zur Finanzierung von Projekten herangezogen werden, die nicht direkt beteiligt sind. Die Regierung erwartet, dass dadurch neue Geschäftsmodelle entstehen. Bisher mussten die Haushalte oder Verbundteilnehmer bei kollektiven Selbstversorgungsprojekten die Finanzierung selber tragen.

Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen soll steigen

Ab 2020 soll in Frankreich eine neue Wärmeschutzverordnung eingeführt werden (RT 2020 Réglementation thermique). Danach soll, nach deutschem Vorbild, ein Minimum an Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen festgeschrieben werden. Angedacht sind 15 Prozent des Wärme- und des Warmwasserbedarfs.

FRANKREICH ERLEICHTERT SELBSTVERSORGUNG MIT SOLARSTROM

Die Regierung hat öffentliche Institutionen und private Unternehmen vor allem im Handel, wo sich große ungenutzte Dachflächen für Solaranlagen anbieten, zu einem stärkeren Ausbau aufgerufen. Große Einzelhandelsgruppen wie Carrefour, E. Leclerc und Auchan sind dem Ruf gefolgt und haben freiwillige Ausbauziele verkündet. Im Gegenzug plant die Regierung Erleichterungen in den städtischen Bauvorschriften für Photovoltaik (PV)-Anlagen auf Parkplatzüberdachungen und Gewächshäusern.

Pläne für den Ausbau von PV-Anlagen von Handel, Energieunternehmen und öffentlichem Sektor

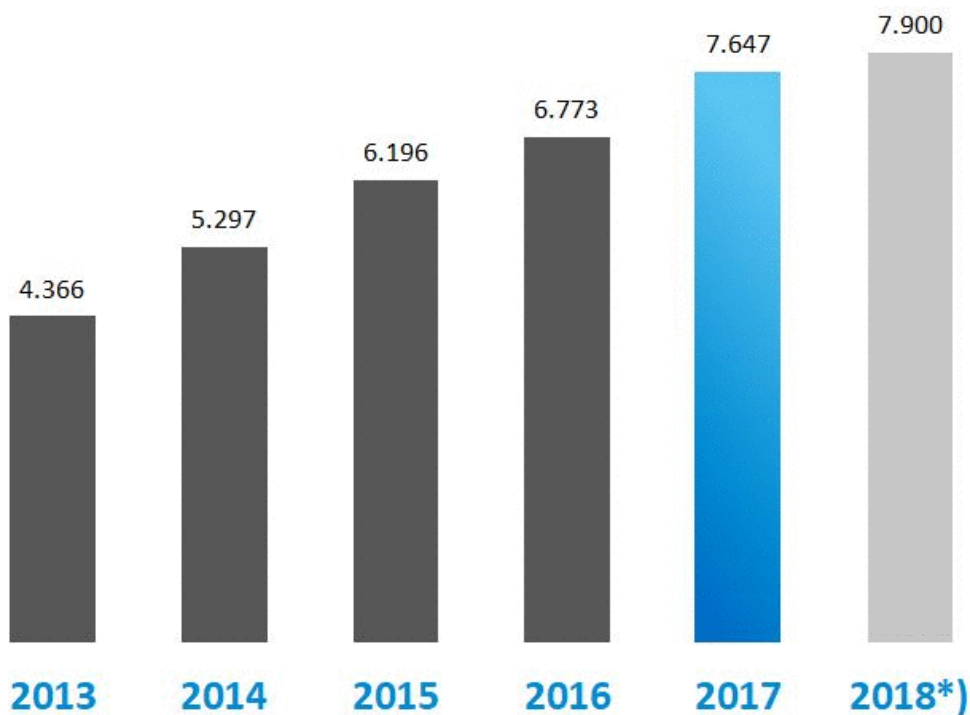
Unternehmen/Einsatzgebiet	Ziele
EDF	30 GW bis 2035
Total	10 GW bis 2028 auf Dächern von Tankstellen und Gebäuden
E.Leclerc	PV-Anlagen über 500.000 qm auf Parkplatzüberdachungen bis 2025
Groupe Les Mousquetaires	PV-Anlagen auf 500.000 qm (100 MWp) bis 2023 auf Dächern und Parkplatzüberdachungen; PV-Anlagen auf allen neuen Gebäuden
Système U	PV-Projekte auf den Dächern von 200 Geschäften (etwa 30 MWp) bis 2025
Groupe Carrefour	Mindestens 20 MWp über Dachanlagen bis 2022
Auchan	60 MWp über Dachanlagen bis 2023
Armee	2.000 ha für PV-Parks
Bahngesellschaft SNCF (Société nationale des chemins de fer français)	Projekte für Dachanlagen in Reparaturzentren in Hellemmes und Romilly mit 11.400 qm an PV-Panelen laufen weiter; Studien laufen für weitere 25.000 qm; PV-Nutzbarkeit von 160.000 qm an Dachflächen wird geprüft
Baudenkmäler	Staat will Pilotprojekte fördern

Quellen: Ministère de la Transition énergétique et solidaire; Tagespresse

Die selbst gesteckten Zielvorgaben der Unternehmen folgen auf Ankündigungen großer Stromversorger. Ende 2017 hatte der Stromversorger EDF bis 2035 die Schaffung von 30 GW an PV-Leistung über Solarparks auf einer Fläche von 25.000 bis 30.000 Hektar angekündigt. Der Ölkonzern Total zog im Frühjahr 2018 nach und will Gebäude und Tankstellen mit PV-Anlagen bestücken. In zehn Jahren will das Unternehmen so auf 10 GW Kapazität kommen.

Solarenergie legt langsam aber stetig zu

Installierte Kapazität an Photovoltaikanlagen in Frankreich (in MW) *)



*) Bis 31.3.2018

Quelle: RTE; © 2018 Germany Trade & Invest

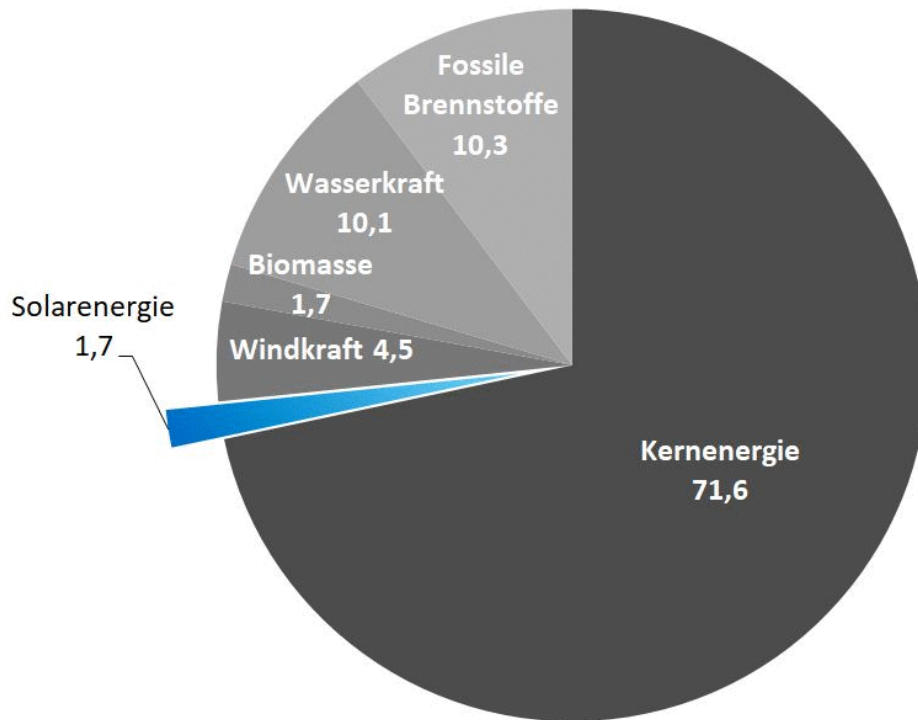
MKT201807208005.14

Um den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben, setzt die Regierung auf administrative Erleichterungen sowie den Preisverfall bei PV-Modulen und weniger auf Subventionen. Noch ist unklar, ob dies ausreicht, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Nach der noch gültigen mittelfristigen Ausbaustrategie PPE (Programmation pluriannuelle de l'énergie) vom November 2016 sollen bis Ende 2023 zwischen 18,2 und 20,2 GW an PV-Leistung installiert sein. Ende 2017 waren es 7,9 GW und 2018 könnten nach Schätzungen der Regierung etwa 1,2 bis 1,5 GW hinzukommen. Damit würde das Zwischenziel für 2018 von 10,2 GW verfehlt.

Regierungspläne zur Reduzierung der Kernenergie noch unklar

Die Regierung will noch während der Sommermonate eine neue Ausbaustrategie vorlegen. Darin soll auch dargelegt werden, wie und wann eine Rückführung des Kernenergieanteils von 72 auf 50 Prozent erreicht werden kann, ohne das Ziel zur Rückführung der CO₂-Emissionen (-75 Prozent bis 2050) zu verfehlen. Dies sind gesetzliche Vorgaben aus dem Energiewendegesetz (Loi de la transition énergétique et pour la croissance verte) vom August 2015.

Solarenergie spielt in Frankreich noch eine sehr geringe Rolle Elektrizitätserzeugung nach Energieträgern 2017 (in %)



Quelle: RTE; © 2018 Germany Trade & Invest

MKT201807208005.15

Der staatliche Stromnetzbetreibers RTE (Réseau de Transport d'Électricité) hatte Ende 2017 in einer Studie verschiedene Szenarien zur Rückführung des Kernenergieanteils durchgespielt. Demnach müsste die installierte PV-Leistung bis 2035 auf 36 bis 48 GW steigen. Im Durchschnitt sollen dann 3,8 Millionen Haushalte PV-Anlagen auf ihren Dächern installiert haben mit einer Gesamtleistung von je 10 GW.

Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse	Anmerkungen
AHK Frankreich	http://frankreich.ahk.de ▶	Berät beim Markteinstieg in Frankreich
Ministère de la Transition écologique et solidaire	http://www.ecologique-solidaire.gouv.fr ▶	Federführendes Ministerium für erneuerbare Energien
Syndicat des Énergies renouvelables (SER)	http://www.enr.fr ▶	Verband für erneuerbare Energien
Syndicat des professionnels de l'énergie solaire (Enerplan)	http://www.enerplan.asso.fr ▶	Verband für Solarenergie

Weitere Informationen zu Frankreich finden Sie unter <http://www.gtai.de/frankreich> ▶



Karl-Heinz Dahm | ©
GTAI

KONTAKT

Karl-Heinz Dahm

☎ +49 228 24 993 274

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.